

Kroatien

Hrvoje Butković*

Die kroatische Wirtschaft steht durch Arbeitskräftemangel, bedingt durch die Öffnung westeuropäischer Arbeitsmärkte sowie niedrige Geburtenraten, vor großen Herausforderungen. Eine weitere Herausforderung stellt die mangelnde Popularität einiger Wirtschaftsreformen dar, die von der Europäischen Union unterstützt wurden, wie beispielsweise die Erhöhung des Renteneintrittsalters. Die Nebenwirkungen der Strategie, die regierende Partei „Kroatische Demokratische Union“ (HDZ) von rechts näher in die Mitte des politischen Spektrums zu bewegen, sind mittlerweile zu spüren: Bei den Wahlen zum Europäischen Parlament verbuchte die HDZ kürzlich ihr historisch schwächstes Wahlergebnis und verlor viele Wähler an Parteien, Koalitionen und Listen des rechten Rands.

Immer weiter steigender Arbeitskräftemangel

Im Jahr 2018 wurde offensichtlich, dass Kroatien an akutem Arbeitskräftemangel leidet. Die am stärksten betroffenen Industriezweige Tourismus, die Baubranche, Einzelhandel und die Verarbeitungsindustrie wurden größtenteils durch EU-Förderungen gestärkt. Die Hauptursachen dieser Krise am Arbeitsmarkt sind die Diskrepanz zwischen dem Bildungssystem und den Bedürfnissen der Wirtschaft, niedrige Geburtenraten sowie eine hohe Anzahl von Menschen, die das Land verlassen, um in anderen EU-Mitgliedstaaten zu arbeiten. Nach Angaben des nationalen Arbeitgeberverbands (HUP) können kroatische Unternehmen mindestens 30.000 Arbeitsplätze nicht besetzen.¹ Im Jahr 2018 verzeichnete die kroatische Regierung eine Rekordzahl von 29.769 neuen Arbeitsmarktteilnehmern aus Drittstaaten. Ab 2020 entfallen, sieben Jahre nach Kroatiens EU-Beitritt, die letzten Arbeitsmarktbeschränkungen für Kroaten und EU-Bürger.² Dennoch bleibt fraglich, ob der Zuzug von Arbeitskräften aus Drittstaaten den Arbeitskräftemangel beheben wird, da der Lebensstandard in Kroatien noch immer unter westeuropäischem Niveau liegt.³

Umstrittene Rentenreform

Im Januar 2019 verabschiedete das kroatische Parlament eine Rentenreform, welche das Renteneintrittsalter von 65 auf 67 anhebte und Bezüge für Frührentner kürzte. Im Frühling 2019 starteten drei Gewerkschaftsverbände eine Kampagne für ein Referendum, um das Renteneintrittsalter wieder auf 65 Jahre zu senken. Innerhalb von 15 Tagen sind fast 750.000 Unterschriften eingegangen, die dem kroatischen Parlament übergeben wurden.

* Übersetzt aus dem Englischen von York Albrecht und Jana Schubert.

1 Igor Ilić: Labour shortage compounds Croatia's struggle to catch up to Western Europe, in: Reuters, 5.12.2018.

2 Europäische Kommission: Employment, Social Affairs and Inclusion. Croatia, abrufbar unter: <https://ec.europa.eu/social/main.jsp?catId=1067&langId=en> (letzter Zugriff: 12.8.2019).

3 Francesca Rolandi: There's an urgent need for foreign labour in Croatia, 29.1.2019, abrufbar unter: <https://www.balkanicaucaso.org/eng/Areas/Croatia/There-s-an-urgent-need-for-foreign-labour-in-Croatia-191714> (letzter Zugriff: 3.6.2019).

Sofern das Verfassungsgericht keine Einwände erhebt, wird das Referendum stattfinden.⁴ Der kroatische Arbeitgeberverband kommentierte die Kampagne mit dem Hinweis, dass lediglich 20 Prozent der Rentner ihre Bezüge aufgrund der notwendigen Anzahl von Beitragsjahren erhalten würden, während die durchschnittliche Dauer des Erwerbslebens in Kroatien mehr als 30 Jahre betrage. In diesem Zusammenhang mahnte der Verband Gewerkschaften und Politiker, die Rentenreform ohne populistische Rhetorik zu diskutieren.⁵ Die Kontroversen um die Rentenreform stellen die grundsätzliche Frage, ob Kroatien unpopuläre Reformen, die von der Europäischen Union als Voraussetzung für die größere wirtschaftliche Angleichung gefordert werden, implementieren kann.

Unerwarteter Ausgang der Wahlen zum Europäischen Parlament

Die amtierende HDZ und die Sozialdemokraten (SDP) als größte Oppositionspartei gewannen vier von zwölf Kroatien zugeteilten Sitzen (elf vor dem britischen EU-Austritt) im neu-konstituierten Europäischen Parlament. Die übrigen Sitze gingen an die extrem rechte Partei „Coalition Hrvatski Suverenisti“, die liberale Amsterdam Koalition, die Linksaußenpartei „Živi Zid“ und den unabhängigen Kandidaten Mislav Kolakušić. Einige Kommentatoren deuteten diese Ergebnisse als Katastrophe für die regierende HDZ, die mit 22,7 Prozent der Stimmen ihr schlechtestes Wahlergebnis seit ihrer Gründung vor 30 Jahren einfuhr. Einige Kritiker machen hierfür die Besetzung der Wahlliste der HDZ verantwortlich, da diese junge und zuvor unbekannte Politiker aufwies, während populäre Politiker des rechten Parteiflügels von ihr ausgeschlossen wurden.⁶ Das Zerwürfnis zwischen dem Ministerpräsidenten und HDZ-Parteivorsitzenden Andrej Plenković und dem rechten Flügel seiner Partei wurde im März 2018 offensichtlich, als Kroatien das Übereinkommen des Europarats zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt (Istanbul-Konvention) ratifizierte.⁷ Die Gegner der Ratifizierung merkten damals an, dass die Konvention eine „Gender-Ideologie“ ins Rechts- und Bildungssystem Kroatiens einführe.⁸ Analog hierzu verabschiedete Kroatien im Dezember 2018 trotz großer Widerstände aus dem rechten Spektrum den Globalen Pakt für sichere, geordnete und reguläre Migration der Vereinten Nationen.⁹

Weiterführende Literatur

Europäische Kommission: Country Report Croatia 2019. Including an In-Depth Review on the prevention and correction of macroeconomic imbalances, SWD(2019) 1010 final.

4 Total Croatia News: Trade unions present 748,624 signatures collected for pension referendum, 13.6.2019.

5 Total Croatia News: Trade unions and employers clash over retirement age referendum, 30.4.2019.

6 Total Croatia News: HDZ and SDP win 4 seats each, Plenković not satisfied, 27.5.2019.

7 Vgl. hierzu auch den Beitrag „Die Europäische Union und der Europarat“ in diesem Jahrbuch.

8 Miguel Alcalde/Josipa Šarić: The Istanbul Convention in Croatia: Attending to the anxiety in the intersection of belief and policy-making, 9.4.2018, abrufbar unter: <https://blogs.lse.ac.uk/religionglobalsociety/2018/04/the-istanbul-convention-in-croatia-attending-to-the-anxiety-in-the-intersection-of-belief-and-policy-making/> (letzter Zugriff: 3.6.2019).

9 Anja Vladislavljević/Ana Maria Luca: Most Balkan States adopt UN Migration Pact, 10.12.2018, abrufbar unter: <https://balkaninsight.com/2018/12/10/un-pact-on-migration-disputes-in-balkan-countries-12-10-2018/> (letzter Zugriff: 3.6.2019).